



Steirische *Friedensplattform*

[www.friedensplattform.at](http://www.friedensplattform.at)



# Militärbudget explodiert: plus 33% !

## Hauptgrund: Eurofighter-Ankauf und „Auslandseinsätze“

**D**as Budget der rot-schwarzen Regierung liegt auf dem Tisch. Der unglaubliche Tiefpunkt dieses Budgets wird in den Medien eher am Rande erwähnt: während insgesamt 620 Millionen Euro eingespart werden sollen, wird das Militärbudget um sage und schreibe **33% erhöht, und zwar um 600 Millionen von 1,8 auf 2,4 Milliarden Euro**. Grund, so Verteidigungsminister Darabos: Die Finanzierung der Eurofighter und die „Sicherstellung der Auslandseinsätze“ (ORF-Mittagsjournal, 2.3.2007). Unter Kanzler Gusenbauer erreicht Österreich damit das **höchste Rüstungsbudget in der Geschichte der 2. Republik**. Das ist kein Zufall, denn: die SP/VP-Regierung bekennt sich – genauso wie ihre schwarz-blau-orangen Vorläufer – ohne Wenn und Aber zur EU-Militärpolitik. Und diese sieht vor, bis zum Jahr 2010 umfassende Kapazitäten für globale Militäreinsätze aufzubauen. Ein Kernstück dafür ist die Einsatzfähigkeit der Eurofighter-Kampfbomber (EU-weit über 600 Stück). Es gehört zu den unverschämtesten Lügen der Regierenden, dass die Eurofighter zum Schutz der Neutralität beschafft werden sollen. Das glatte Gegenteil ist wahr. Es geht um Kampfflugzeuge, um „**bis weit hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und Kaukasus**“ Militäreinsätze fliegen zu können, wie das Streitkräftekommandant Günter Höfler ausgeplaudert hat (Kleine Zeitung, 13.12.2005).

### Fähigkeit zu Flächenbombardements

Aus einem Akt des Verteidigungsministerium vom 15. April 2000 geht hervor, dass es nie um den Ankauf von „Luftraumüberwachungsflugzeugen“, sondern immer schon um offensive Kampfbomber ging, die gegen Bodenziele zum

Einsatz gebracht werden können. So verlangte das Verteidigungsministerium, dass die zukünftigen Abfangjäger u.a. folgende Mittel zum Einsatz bringen können sollen:

- „flächendeckende Bomben
- Freifallbomben (500 – 2.000 Pfund-Kategorie)
- Lenkwaffen zum Einsatz gegen Panzer und gepanzerte Fahrzeuge
- Gesteuerte Bomben (z.B. lasergesteuert)
- Lenkwaffen gegen elektromagnetische Emission von Bodenzielen
- Lenkwaffen zum Einsatz gegen gehörte Ziele
- Lenkwaffen zum Einsatz gegen Flugbetriebsziele”

(Quelle: „Leistungsbeschreibung Luftraumüberwachung“, Pkt 3.2.24, BMLV, 15.04.2000)

**A**m 30. Oktober 2006 hat eine Mehrheit des Nationalrates die Regierung aufgefordert, sofort alle Schritte zu setzen, um aus dem Eurofighter-Vertrag auszusteigen und den Beschaffungsvorgang auf der Stelle zu stoppen. Damals noch mit den Stimmen von Gusenbauer und Darabos. Als Bundeskanzler und Verteidigungsminister wollen diese nun von ihrem eigenen Beschluss nichts mehr wissen. Der Beschaffungsvorgang wird unvermindert fortgesetzt. Dabei gibt es genügend Gründe wegen **„Sittenwidrigkeit“ aus dem Eurofighter-Vertrag auszusteigen, ohne einen Cent zu zahlen** (siehe dazu auch <http://www.werkstatt.or.at>). Ein Konzern, der Schmiergeldzahlungen von Subkontrahenten vertraglich freistellen lässt, und Geschäftspartner mit Strafen bedroht, wenn sie vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aussagen, kann kein Vertragspartner der Republik sein. Die Nationalratsabgeordneten sind aufgefordert, ihre eigenen Beschluss für den Eurofighter-Ausstieg gegenüber der Regierung durchzusetzen, wenn sie nicht zu Marionetten der Rüstungslobby werden wollen.

**Machen wir gemeinsam Druck gegen Eurofighter und die Explosion des Rüstungsbudgets!**



# GIGANTISCHE AUFRÜSTUNG der EU!

**D**ie Meinungsmacher in der EU kritisieren zwar mancherorts die imperialistische kriegerische Hegemonialstellung der USA, verheimlichen aber die gigantischen Aufrüstungsschritte der EU; und wenn sie darüber berichten, dann stellen sie diese positiv dar, indem sie einfordern, dass die EU endlich militärisch handlungsfähig werden soll.

- Durch den Zusammenschluss der europäischen Militärproduzenten im EADS Konzern,- dem größten kontinentalen europäischen Rüstungskonzern -( dt,frz. spanisch .... ) ist der neue militärindustrielle Komplex für die Aufrüstung geschaffen worden.
- Durch die RÜSTUNGSAGENTUR wird die Koordinierung der EU-Aufrüstung vorgenommen.
- Obwohl es gegen das Völkerrecht verstößt, werden die Mitgliedsstaaten auf eine permanente Aufrüstungsverpflichtung getrimmt. Sogar in der EU-Verfassung soll die zwingende Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten jährlich ihre Rüstungsausgaben zu steigern festgeschrieben sein.
- Die französische Verteidigungsministerin Alliot-Marie sagte nach einem EU-Verteidigungsministertreffen in Wiesbaden Anfang März 2007: „ dass es erfreulich ist, dass die Rüstung in der EU zügiger vorangeht als man erwartet hatte“, da die EU aufgrund der Verfassungs-njets aus Frankreich und den Niederlanden politisch in ihrer bisher tiefsten Krise steckt.
- Seit Jahresbeginn sind die ersten schnellverlegbaren Kampfeinheiten („battle groups“) einsatzfähig. Die europäische Rüstungswirtschaft und Militärtechnologie soll gestärkt und besser koordiniert werden. Die dafür eingerichtete Rüstungsagentur soll dies umsetzen.
- Ein bis Zentralasien und Zentralafrika 4000-km reichender - Interventions-Gürtel wurde als EU-Interessenszone festgeschrieben.
- Innerhalb dieser Zone sollen rasch einsatzfähige „Schlachtgruppen“ unter zentralen Kommandostrukturen die Interessen der EU durchsetzen und sichern.
- EU-weit läuft bis zum Jahr 2012 ein koordiniertes Aufrüstungsprogramm mit Gesamtausgaben in der Höhe von ca. 600 Mrd. Euro – darunter auch der Bau eines Flugzeugträgers durch Frankreich und zweier weiterer durch England. Der Eurofighter ist Teil dieses Projekts. – EU-weit werden 600 Eurofighter stationiert.
- In einem vorgeblich gesamteuropäischen Interesse werden die Atomwaffenarsenale Großbritanniens und Frankreichs modernisiert. Am 13. März 2007 beschloss

das englische Parlament auf Antrag der Blairpartei ein 32 Milliarden Euro-schweres Erneuerungsprogramm des Atomarsenals durch Lieferungen aus den USA (90 Labour-abgeordnete der Regierungspartei haben dagegen gestimmt; dafür hat die konservative Opposition nahezu einstimmig dafür gestimmt.)

- Der EU-Rüstungslobby in die Quere kommen will die USA mit Raketenstationierungen in den EU-Länder Polen (Abschussrampen) und Tschechien (Radarsystem). Russland verurteilt diese Absicht schärfstens. Großbritannien ist in dieser Hinsicht ohnedies voll im US-Einflussbereich.
- Russland hat unter Putin seine Militärstrategie geändert indem es den seit 15 Jahren immer weiter ausgedehnten Einflussbereich der USA im Nahen und Mittleren Osten einzubremsen versucht und schon warnt Merkel vor der Gefahr eines neuen Rüstungswettlaufs.

**W**ir verkennen nicht, dass die europäische Einigung der Überwindung von Kriegsgefahren innerhalb Europas förderlich ist. Ebenso klar liegt aber die Gefahr einer zunehmenden Außenaggressivität der EU auf der Hand. Es ist unsere Verantwortung dieser Entwicklung entgegenzutreten.

In einer Welt, in der täglich tausende Menschen verhungern, lautet das Gebot der Stunde:

**Entwicklung statt Rüstung !**

**Friede durch soziale Gerechtigkeit !**

**Für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Völker und Menschen.**

Aktion der Initiative  
„Abflug“ gegen  
Eurofighter in  
Fohnsdorf

